

Eine anspruchsvolle Rückkehr

Die Sommersession aus Sicht des Ausserrhoder Ständerats Andrea Caroni.

Wer hätte das gedacht? Als ich im Dezember den letzten Sessionsbericht verfasste, hatte ausserhalb Chinas noch niemand vom Coronavirus gehört. Doch schon im März fiel mein Sessionsbericht aus, weil die Frühlingssession wegen Covid-19 abgebrochen wurde. Es war dies das erste Mal in der 172-jährigen Geschichte der Bundesversammlung, dass eine Session wegen äusserer Einflüsse abgebrochen werden musste. Krisenzeiten sind zwar primär Exekutivzeiten. Dennoch möchte ich zwei Gedanken zur Rolle der Bundesversammlung in dieser Krise äussern. Erstens: Das eidgenössische Parlament war auf eine solche Krise nicht vorbereitet. Mangels Pandemieplan mussten wir die Session im zu kleinräumigen Parlamentsgebäude abbrechen. Neben der fehlenden Logistik haperte es auch an den Regeln. Zentrales war unklar: Wer darf eine Session abbrechen? Wer darf sie wie, wann und wozu wieder einberufen? Welche Kommissionen dürfen tagen, und geht das auch virtuell? Immerhin: Wir rafften uns bald wieder auf. Die Ratspräsidenten taten alles, um uns die Arbeit zu ermöglichen. Zusammen mit zwei Kollegen sammelte ich die Unterschriften von 32 Ständerätinnen und -räten für eine ausserordentliche Session. Und seit diese im Mai und nun die Sommersession im Juni stattfanden, sind wir (endlich) wieder auf Flughöhe. Damit wir künftig besser gewappnet sind, ist nun namentlich die Staatspolitische Kommission, die ich seitens des Ständerats aktuell präsidiere, gefordert (und bereits daran), die Lehren fürs Parlament zu ziehen.

Zweitens: Die zeitweise Geringschätzung des Parlama-



Die Junisession fand coronabedingt in einer Ausstellungshalle der Bernexpo statt. Bild: Peter Klaunzer/KEY

risismus macht mir Sorgen. Zwar gönne ich dem Bundesrat den Respekt, den er für seine grosse und wichtige Arbeit erhielt. Auch war das Parlament mitschuldig, dass man es nicht ganz für voll nahm. Aber die Stimmen, die meinten, wir sollten doch gleich auf immer zu Hause bleiben, erinnerten mich an un gute Zeiten. Natürlich: Parlamente sind träge, und Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind oft zerstritten oder verfolgen besondere Interessen. Ich habe mich für die Rückkehr des Parlaments engagiert, nicht weil ich dachte, es würde besser entscheiden (das ist ohnehin

Ansichtssache), sondern damit es als Vertretung der Bevölkerung überhaupt handeln kann. Demokratisch gewählte Parlamente bilden die Meinungsvielfalt der Bevölkerung ab und sind ein Gegengewicht zur Regierungsmacht.

Hat eine Regierung – namentlich im Notstand – zu viel Macht, läuft sie Gefahr, die Macht früher oder später zu missbrauchen. Der heutige Bundesrat hat sich zwar nicht von der Macht vereinnahmen lassen – frühere Bundesratkollegen aber leider schon. Mittlerweile funktioniert die Machtkontrolle wieder ziemlich gut,

aber auch hier werden wir Lehren ziehen müssen.

Mit einer Reihe konkreter Themen beschäftigt

Nebst diesem Grundsätzlichen: Auch in der Sommersession befassten wir uns mit einer Reihe konkreter Themen. Zwei wichtige Geschäfte hatten nach wie vor Coronabezug: Zum einen beschlossen wir dringlich ein Gesetz für die Tracing-App. Zum andern verabschiedeten wir eine Motion für Geschäftsmieten, mit 20 zu 19 Stimmen allerdings sehr knapp. Der Bundesrat muss nun ein Gesetz entwerfen, wonach Covid-be-

troffene Geschäftsmieter nur 40 Prozent der Miete zahlen müssen. Ich hatte gegen diesen massiven Eingriff in private Verträge gestimmt. Wenn schon, hätte der Bund entsprechende Kosten tragen müssen, da er die Massnahmen angeordnet hat.

Nach fast drei Jahren Arbeit steht unser Gegenentwurf zur Konzernverantwortungs-Initiative, für den ich mich auch engagiert habe. Er verpflichtet Konzerne, über den Schutz von Menschenrechten und Umwelt zu berichten. Damit sind wir auf Augenhöhe mit den europäischen Staaten. Die Initiative sieht zusätzlich Sorgfaltspflichten und Haftung vor. Da sie nicht zurückgezogen wird, kann die Bevölkerung im November wählen, ob sie die Initiative oder den Gegenentwurf bevorzugt.

Noch epischer ist die Geschichte der Aktienrechtsreform: 17 Jahre nach dem ersten Entwurf haben wir das Aktienrecht, das auch Rechtsgrundlage unzähliger KMU ist, modernisiert. Neu wird beispielsweise eine virtuelle Generalversammlung möglich sein, was viele AG während Corona dank des Notrechts schon testen konnten.

Ein weiterer Brocken «meiner» Rechtskommission war das Strafrecht: Wir haben alle Strafandrohungen überprüft und, wo nötig, angepasst. Namentlich bei schwerer Körperverletzung und bei Gewalt gegen Beamte haben wir die Schrauben angezogen. Das Sexualstrafrecht bearbeiten wir separat.

Am stärksten in Anspruch nahm mich aber ein anderes Geschäft: Die Gerichtskommission, der ich vorstehe, hat am 20. Mai ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Bundesanwalt eröffnet. Auch das gab es in der Geschichte des Parlaments

noch nie. Mein Anliegen ist es, dieses Verfahren so beförderlich wie rechtsstaatlich einwandfrei zu einem Abschluss zu bringen.

Aus der Staatspolitischen Kommission gelangten weitere gewichtige Geschäfte ins Parlament, so die Modernisierung des Datenschutzrechts (die wir annahmen) oder das Verordnungsveto (das wir ablehnten).

Sozial- und gesundheitspolitisch bedeutsam waren unsere Arbeiten an einem Gegenentwurf zur Pflegeinitiative, die neue (und umstrittene) Überbrückungsleistung für ältere Ausgesteuerte sowie die neue (ziemlich revolutionäre) Möglichkeit, sein amtliches Geschlecht mittels einfacher Erklärung auf dem Zivilstandsamt zu ändern.

Ein Zäuerli mit dem Landammann

Ein Parlament ist auch ein Ort zwischenmenschlicher Begegnung. Ich habe mich (in fast allen Fällen) sehr gefreut, nach Monaten meine Kolleginnen und Kollegen wiederzusehen. Umso trauriger war die Nachricht vom Tod unseres Luzerner Kollegen Albert Vitali – bereits des vierten Fraktionskollegen, der seit meinem Eintritt in die Räte im Amt verstarb. Vitali hatte noch im März mit der Bundeshaus-Band gezauert – unter kundiger Anleitung unseres Ausserrhoder Landammanns Alfred Stricker. Wir haben das Stück später aufgenommen. Es wird am 1. August in Nicolas Senns Volksmusiksendung ausgestrahlt und uns Mitwirkende daran erinnern, wie nahe oft der Tod und die Freuden des Lebens beieinanderliegen.

Andrea Caroni
Ständerat AR

Im Betonbunker die Krise thematisiert

Die Sommersession aus Sicht des Ausserrhoder Nationalrats David Zuberbühler.

Das Coronavirus hat auch der Sommersession seinen Stempel aufgedrückt. Der Nationalrat musste erneut mit dem Betonbunker der Bernexpo vorliebnehmen und sich mit den Auswirkungen der Krise auseinandersetzen. Dabei zeigten sich die Konturen des neu zusammengesetzten Parlaments sehr deutlich. Der Nationalrat ist ökologischer, gesellschaftsliberaler und sensibler für Gleichstellungsfragen geworden. Der Linksrutsch der letztjährigen Parlamentswahl schlug sich bei der Beratung von etlichen Geschäften nieder.

Während der grössten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg hat der Nationalrat das CO₂-Gesetz weiter verschärft. Kein Wort zur Stärkung der Eigenverantwortung oder zur Förderung von Innovation! Dafür sieht die Vorlage zahlreiche Verbote, zusätzliche Abgaben und Steuern, Umverteilungsmassnahmen sowie ein Mehr an

Bürokratie vor: Heizen, Pendeln und Ferien – alles wird teurer! Konkret hat die Parlamentsmehrheit einen Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsverbands (NAF).

Heizungen, Ehe für alle und Burkaverbot

Doch damit nicht genug: Ab 2023 sollen die CO₂-Grenzwerte von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleichkommt. Die Erhöhung der Lenkungsabgabe verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken.

Hinzu kommt eine unsoziale Ticketabgabe von – je nach Flugstrecke – 30 bis 120 Franken.

Mit der eingetragenen Partnerschaft sind schwule und lesbische Paare bereits heute in wichtigen Fragen der traditionellen Ehe zwischen Frau und Mann gleichgestellt. Unter dem Titel «Ehe für alle» will eine Nationalratsmehrheit nun aber die Institution der Ehe für homosexuelle öffnen und dabei lesbischen Paaren den Zugang zur Samen-spende ermöglichen. Dadurch wird unweigerlich die Forderung schwuler Männer nach Leihmutterchaft kommen. Die Öffnung der Ehe schafft zudem die Möglichkeit, dass homosexuelle Paare auch wirklich die gleichen Rechte haben wie Ehepaare. Das heisst, mit dem Zugang zur Ehe wäre unter anderem auch das Recht auf Adoption von «fremden Kindern» verbunden. Für mich persönlich ist die Ehe, bestehend aus Mann, Frau und Kindern das

Fundament unserer Gesellschaft, was aber keineswegs bedeutet, dass ich ein Problem mit Schwulen und Lesben habe. Mir geht es hauptsächlich um das Kindeswohl: Ein «Kind auf Bestellung» wird später zwangsläufig Fragen stellen, wo es wirklich herkommt.

Eine Parlamentsmehrheit empfiehlt, die Initiative zum Verhüllungsverbot an der Urne abzulehnen. Obwohl die Volksinitiative ein grundsätzliches Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum in der ganzen Schweiz verlangt – also auch etwa für Hooligans an Fussballspielen oder alleszertrümmernde Chaoten an Demos – drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Frauen, die eine Burka oder einen Niqab tragen. Dabei gibt es gute Gründe, die Vollverschleierung in unserem Land zu verbieten. Dies durchaus im Sinne von «wehret den Anfängen» auf dem Weg zu einem rückwärtsgewandten, mittel-

alterlich anmutenden Menschenbild. Die Burka, als Symbol der hierarchischen Ordnung, bedeutet sichtbare Einschliessung durch Verhüllung, Mini-Gefängnis, Unfreiheit und Unterwerfung der Frau auf Grund patriarchalischer Strukturen! Keineswegs aber auf Freiwilligkeit.

Milliarden ins Ausland

Die Folgen der Coronakrise sind nicht nur gesundheits- und wirtschaftspolitisch schwerwiegend. Sie stürzen auch zahlreiche Menschen, die vorher schon am Existenzminimum lebten, in eine akute Notsituation. Obwohl die Krise noch lange nicht ausgestanden ist und dieses Jahr mit einem Defizit von über 50 Milliarden Franken allein auf Bundesebene zu rechnen ist, beschloss der Nationalrat dennoch, Milliarden von Steuerfranken ins Ausland zu verschenken.

Die Zahl der Zivildienstleistenden ist seit der Abschaffung der Gewissensprüfung derart gestiegen, dass die Armeebestände akut gefährdet sind. Problematisch ist auch, dass viele Armeeangehörige – oft aus persönlicher Bequemlichkeit – in den Zivildienst wechseln. Dieser hat sich von einem zivilen Ersatzdienst bei Gewissenskonflikten zu einer bequemeren Alternative zum Armeedienst entwickelt. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Revision des Zivildienstgesetzes wäre die Hürde für einen Wechsel erhöht worden. Der Nationalrat lehnte das Gesetz aber ab. Der Entscheid war eine Überraschung. Der Armee fehlen in wenigen Jahren 30 000 Soldaten. Vor diesem Hintergrund ist der Entscheid der linksgrünen Mehrheit verantwortungslos und in keiner Weise nachvollziehbar.

David Zuberbühler
Nationalrat AR